

Wien, Freitag, den 8. Oktober 1926.

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 8. Oktober  
1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Eine Reihe von Gegenständen wird ohne Referat genehmigt. In erster Linie Anträge auf Subventionen für die Bildungsstelle des österreichischen Senefelderbundes, dem Verein der Naturbeobachter, für den Verschönerungsverein Jedlessee, für den Verein der Buch-, Kunst- und Musikalienhändler. Ferner die Kapitalserhöhung der Kleingartenstelle der Stadt Wien von 30.000 auf 100.000 Schilling, Baulinienabänderungen, Ankäufe von Liegenschaften in Ottakring und in der Leopoldstadt, der Neubau eines Hauptunratskanals in der Bömergasse - Spindelegergasse und Seitenberggasse, ein Mehrerlösergebnis für Rehrlieferungen für die Wasserleitungsanlagen in der Höhe von 800.000 Schilling, die Schaffung eines Filmvorführungsraumes, die Abänderung von Arbeitsverträgen und der Ankauf von Holz-Eisenbahntransportwagen.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Hinsichtlich der Wasserkraft A.G. (Wag) schwirren in der Stadt die verschiedensten Gerüchte. So wird behauptet, dass der geschäftsführende Präsident der Wag, Herr Gemeinderat Professor Fränkel, nach einer erregten Auseinandersetzung mit Herrn Stadtrat Breitner seine Demission gegeben habe. Tatsache ist, dass die sämtlichen Beamten der Wag am 30. September ausser Dienst gestellt und abgefertigt, die Büroräume gesperrt und alle Bücher und Belege teils in das Elektrizitätswerk, teils in die Magistratsabteilung 4 transportiert worden sind. Das Exekutivkomitee und der Verwaltungsrat der Wag sind von allen diesen Vorkommnissen nicht unterrichtet worden. Um Gerüchten jede Spitze abzubreaken, stelle ich den Antrag: Der Gemeinderat beschliesse, dass in der heutigen Sitzung der geschäftsführende oder gewesene geschäftsführende Präsident der Wag, Herr Gemeinderat Professor Fränkel, in seiner Vertretung der Herr Bürgermeister als Präsident der Wag einen mündlichen Bericht über die oben geschilderten Vorkommnisse und Verfügungen erstatte.

Bürgermeister Seitz teilt mit, dass dieser Antrag nach Erledigung der Tagesordnung behandelt werden wird.

GR. Broczyner beantragt, dass der für die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Hygieneausstellung bewilligte Betrag von 100.000 Schilling unter die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs zu verrechnen ist.

GR. Zimmerl (chr. soz.) wendete sich dagegen, dass die Hygieneausstellung dem Fremdenverkehr diene. Die Hygieneausstellung war eine Ausstellung mit belehrendem Material und wurde deswegen geschaffen, um zu sehen, ob überhaupt eine solche Ausstellung ihren Zweck erfüllt. Selbst als Mitglied der Fremdenverkehrskommission lehne ich Ihren Antrag ab. Wir werden jeden Betrag, den Sie, um den Fremdenverkehr zu fördern, dem Fremdenverkehr zur Verfügung stellen, bewilligen. Wir sind aber nicht in der Lage, Ihren Antrag zuzustimmen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird sodann der Antrag angenommen.

GR. Hiess (Soz. Dem.) beantragt dem Wiener Volksbildungsverein zur Gründung einer kleinen volkstümlichen Bibliothek in Kaiser Ebersdorf eine ausserordentliche Subvention von 2000 Schilling zu bewilligen.

G.R. Stöger (chr. soz.) erhebt Beschwerde, dass der Verein Volkslesehalle mit seinen Subventionsansuchen regelmässig abgewiesen und ausserdem von der Gemeindeverwaltung sekliert werde. Dem Verein wurde eine Lustbarkeitssteuer für sein Kino in Floridsdorf in der Höhe von fünf hundert Millionen vorgeschrieben und für das Kino im X. Bezirk habe er 160 Millionen zahlen müssen. Hingegen werden die freimaurerischen Organisationen wie beispielsweise der Volksbildungsverein und das Volksheim ausgiebig mit Subventionen gefüttert, der Volksbildungsverein habe seit 1923 540 Millionen, das Volksheim sogar 880 Millionen an Subventionen aus allgemeinen Steuergeldern erhalten. Diese Ausplünderung des christlichen Volkes zugunsten der jüdisch freimaurerischen Organisationen ist einfach himmelschreiend. Redner beantragt dem Verein Volkslesehalle eine Subvention von 25.000 Schilling zu gewähren, ausserdem sei künftighin alljährlich das Verzeichnis der Aufrechtzu erledigenden und abgelehnten Subventionsansuchen dem Gemeinderate zur Verfügung zu stellen.

G.R. Hiess entgegnet in seinem Schlusswort, dass der Vorwurf parteiischen Vorgehens bei den Subventionen gänzlich ungerechtfertigt sei. Die Gemeinde gebe grundsätzlich nur neutralen Organisationen Unterstützung und aus diesem Grunde werden auch die sozialdemokratischen Büchereien nicht subventioniert. Die Vorlage des verlangten Verzeichnisses habe der Gemeinderat bereits einmal abgelehnt.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen und der Zusatzantrag Stöger abgelehnt.

SR. R. Speiser berichtet über den Antrag auf Aenderung der Satzungen der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen.

G.R. Haider (chr. soz.) bezeichnet die neuen Vorschriften als mangelhaft und für die Bediensteten nachteilig. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung behandle ihre Angestellten weitaus schlechter als der arme Bund seine Bediensteten. Diese ungleiche Behandlung führe dazu, dass der arme Bund fast um fünfzig Prozent mehr Pension nach zehnjähriger Dienstzeit hergibt als die reiche Gemeinde Wien. Nach dem neuen Pensionsvorschriften ist der gleichzeitige Bezug von Pension und Rente unstatthaft. Anderswo beziehen Pensionisten zugleich Unfallrente. Also auch hier besteht in der Behandlung ein scharfer Unterschied. Da muss man wohl fragen wo die vielen Versprechungen bleiben, die die Sozialdemokraten in den Umsturztagen den Angestellten gemacht haben. Kein denkender Bediensteter wird daran glauben, dass durch die neuen Vorschriften eine wesentliche Besserung der Verhältnisse der Pensionsparteien eintritt.

Der Redner bemängelt auch die Witwenpensionen, die gegenüber den Witwenpensionen des Bundes grosse Unterschiede aufweisen. Die Strassenbahner können mit dieser Vorlage, die recht mangelhaft ist, nicht einverstanden sein. Hätten sie noch ihr Pensionsinstitut, würden sie sich mit dieser Vorlage nicht abspesen lassen. Er stellt sodann einen Antrag, wonach Minderbezüge bei Pensionsparteien hintangehalten werden.

G.R. Doppler (chr. soz.) erklärt, dass der Motivenbericht, der den Mitgliedern des Gemeinderates übergeben wurde, der schärfsten Kritik wert ist. Es ist ein gutes Recht jedes Gemeinderates, eine brauchbare Vorlage zu bekommen.

## Zweiter Bogen

Nach ausführlicher Kritik an der Vorlage erklärt Redner, dass die neuen Bestimmungen der Gerechtigkeit geradezu hohnsprechend, wegschlagen man erwarte, dass künftighin besser funktionierte und sozial besser ausgestattete Vorlagen dem Gemeinderat unterbreitet werden.

GR. Lehninger (chr. soz.) erklärt, es hätte dieser Vorlage nicht bedurft, wenn die Gemeindeverwaltung den Strassenbahnern ihre eigene Pensionskasse belassen hätte. Die Strassenbahnangestellten bezogen früher hundert Prozent Pension und ihre Kasse galt im Ausland als Musterinstitut. Heute erhalten sie nur 85.5 Prozent der Aktivitätsbezüge und das werde vom Referenten als grosser Fortschritt gepriesen. Die Abzüge für die Pensionskasse sind sehr hoch, sie betragen für jeden Strassenbahner durchschnittlich zwanzig Schilling im Monat, woraus zu erkennen ist, dass die Gemeinde ein gutes Geschäft macht. Ein besonderes Kapitel bilden die sogenannten Personalhäuser der Strassenbahnbediensteten. Diese in der christlichsozialen Ära erbauten Häuser sollen ausserhalb des Mieterschutzes gestellt werden, die Gemeindeverwaltung ist der Ansicht, dass sie dem § 1 des Mietgesetzes unterstehen und sie macht alle Anstrengungen durch gerichtliche Prozesse die Häuser aus dem Mieterschutz herauszubekommen. Redner verweist auf die Gerichtsklage von 257 Wohnparteien der Gemeindeglieder in der Wehlstrasse, die eine Beschwerde beim Mietsenat eingebracht haben, weil ihnen der 3100fache Friedenszins vorgeschrieben werden soll. So handelt der sozialdemokratische Verwaltungsausschuss der Pensionskasse.

GR. Brajer (chr. soz.): Hört! Hört! Herr Stadtrat Speiser, da sollten sie rot werden, wie ein gesottener Krebs.

GR. Speiser lächelnd: Aber ich bin doch eh schon rot! (Heiterkeit)

GR. Lehninger: Die Parteien der Personalhäuser sehen jahrelang keine Rechnungen über den Instandhaltungszins. Sie haben gegen die Höhe der Nebenauslagen Einspruch erhoben, insbesondere gegen die Anschaffung von Apparaten gegen Hochwassergefahr u. dgl. In der Wehlstrasse besteht in den Häusern ein eigenes Bad für die Parteien und von jeder Person wird eine Benützungsgebühr von 65 Groschen eingehoben. Trotzdem wird den Wohnparteien der Wassermehrverbrauch und der Gasmehrverbrauch in Rechnung gestellt. (Rufe bei der Opposition: Unerhört, das ist doch der reinsten Betrug!) Für diese Art der Verwaltung ist der Ausdruck rote Zinsgier nur zutreffend. Zum ursprünglichen Thema wieder zurückkehrend, richtet Redner an den Referenten den dringenden Appell, die Unfallrentner und Rückversetzten bei der Strassenbahn zu ihrem Recht kommen zu lassen. Er kritisiert weiter die Transferierung der Mitglieder der Ortsgruppe der christlichsozialen Strassenbahnorganisation vom Bahnhof Assmayergasse nach dem Bahnhof Koppreitergasse und verlangt, dass endlich einmal mit diesem Terror Schluss gemacht werde. Seine Rede schliessend, stellt der Redner zwei Anträge auf Abänderungen des § 33 Absatz 2 und § 30, Absatz 3 des Pensionsstatutes.

GR. Weigl (Soz. Dem.) erwidert auf die Anwürfe der Minderheit, dass die Gemeinde bis heute der Pensionskasse 97.7 Milliarden zugeschossen hat. Von einem Raub der Pensionskasse kann überhaupt nicht gesprochen werden, weil schon im Jahre 1906 das Vermögen der Kassa durch Gemeinderatsbeschluss in ein Fondsvermögen umgewandelt wurde.

StR. Richter nimmt jetzt zu der Behauptung der Minorität Stellung, dass in den Strassenbahnhäusern in der Wehlstrasse der 3100fache Mietzins eingehoben wird. Er stellt fest, dass im Jahre 1923 die Mietparteien

an die Pensionskasse das Ersuchen gestellt haben, in ihre Wohnungen das elektrische Licht einleiten zu lassen und ihnen den Betrag der Kosten vorzuschüssen. Die Häuser wurden vor Kriegsbeginn fertiggestellt. Die damalige Gemeindeverwaltung, also Ihre Gemeindeverwaltung, hat es unterlassen, den Leuten das Licht in die Wohnung einzuleiten, ja nicht einmal in der Strasse war ein Lichtkabel gelegt. Es mussten daher die Lichtkabel erst bis zu den Häusern geleitet werden und das allein hat schon elf Millionen gekostet. Dann konnte erst in die Wohnungen das Licht eingeleitet werden. Der Kostenvoranschlag dafür war neunzig Millionen. Es kam dann mitten in der Arbeit der Metallarbeiterstreik, die Kosten erhöhten sich und betrugen schliesslich zweihundert Millionen.

Da die Häuser im Überschwemmungsgebiet liegen, hat der Magistrat der Pensionskasse vorgeschrieben, dass die Häuser für den Fall einer Überschwemmung mit Laufstegen und Böcken versehen sein müssen. Diese mussten daher angeschafft werden. Ihr 3100-facher Mietzins ist ein Märchen. Der höchste Zins war trotz der Installationsarbeiten durch fünf Monate hindurch der 2036fache, ist heute und bis März 1927 der 1218fache und fällt dann auf den 150fachen herunter. Was nun die Bäder anlangt, so sind die Bäder die Ihre Verwaltung baute, ein Schwindel und eine Augenauswischerei gewesen. (Erregung bei der Minorität). Wir verwalten unsere Häuser nun so, dass alle, die in diesen Bädern baden wollen, baden können und wir den Reinertrag, der dadurch erzielt wird, von den Betriebskosten abziehen.

G.R. Lehninger (chr. soz.) erklärt, dass die Gemeinde in die Strassenbahnerhäuser deshalb das elektrische Licht nicht einleiten lassen konnte, weil dies der Krieg verhinderte.

St.R. Richter: Die Häuser wurden doch schon im Jahre 1922 gebaut!

G.R. Lehninger: Im Jahre 1926 lassen Sie sich das Strassenkabel von den Leuten bezahlen. Ich kenne die Häuser in der Wehlstrasse, kann aber nicht sagen, dass für sie Hochwassergefahr bestünde. Sicherlich aber kann diese Gefahr nicht so gross, dass gleich für sechzig Millionen Kronen Schutzgeräte angeschafft werden müssen. Stadtrat Richter hat als Obmann der Pensionskasse die Bäder in diesen Häusern als Schwindel bezeichnet.

St.R. Richter: Weil sie nicht betrieben wurden!

G.R. Lehninger: Diese Bäder sind kein Schwindel, sondern mustergültig. Schauen Sie sich die Bäder an, die Sie gebaut haben, da kann man wohl eher von einem Schwindel reden. Richtig ist, dass die Leute dort den 1218fachen Mietzins zahlten, jetzt wird aber der 3112fache verlangt!

St.R. Richter: Das ist eine Lüge!

G.R. Lehninger: Nehmen Sie sich diese Pensionshäuser zum Muster (Grosses Gelächter bei der Mehrheit)

G.R. Jenschik: (Das wäre ein schlechtes Muster!)

G.R. Lehninger: Sie entsprechen allen Anforderungen und sind wunderbar ausgestattet. Ganz anders schauen Ihre Häuser aus, das sind lauter Kisten und Hutschachteln. Ich würde Ihnen raten in sich zu gehen und in den Häusern der Pensionskasse der Strassenbahner Ordnung zuschaffen.

St.R. Richter erklärt, dass niemals ein dreitausendfacher Mietzins verlangt wurde. Es sei bedauerlich, dass sein Vorgesetzter nicht einmal wisse um was der Prozess gehe. Er könne nur wiederholen: Die Parteien zahlen dort schon längere Zeit den 1218fachen Zins für die Einleitung des elektrischen Lichtes. Jetzt haben sie sich plötzlich überlegt und reichten bei der Mietkommission die Klage ein. Von einem dreitausendfachen Zins war nie die Rede.

Dritter Bogen:

StR. Speiser sagt in seinem Schlussworte: Die Vorlage bringe nicht nur den Strassenbahnern, sondern auch den übrigen Gemeindebediensteten so bedeutende Vorteile, dass man mit ihr zufrieden sein kann. Selbstverständlich kann auch diese Pensionsvorlage wie jede Gehalts- und Lohnvorlage nicht sämtliche Wünsche der davon Betroffenen erfüllen. Wenn wir daran denken, dass bei der Wiener Gemeindeverwaltung noch immer alles im Frieden und Einvernehmen mit dem Personal geregelt wurde, so finden wir eine derartige Kritik, wie sie von der Opposition geübt wurde, in dem Augenblick/ <sup>merkwürdig,</sup> da wir morgen vor der Tatsache stehen können, dass die christlichsoziale Partei im Bund so weit gekommen, um in Oesterreich die wirkliche Schande eines Beamtenstreik erleben zu müssen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Huber (chr. soz.): Herr Bürgermeister, die Galerie applaudiert

GR. Stöger (chr. soz.): Ein paar Tarnopoler sitzen oben.

Im Saal herrscht grosser Lärm, in dem zahlreiche Zwischenrufe der Opposition, insbesondere der GRa. Haider, Stöger und Preyer untergehen.

Bgm. Seitz: Herr GR. Haider, Sie haben nicht das Recht die Galerie zu apostrophieren, weil sie nicht in der Lage ist, einen Gegenruf zu machen. Gegenüber der Galerie kann ich nur sagen, dass nach der Geschäftsordnung jede Einmischung in die Verhandlungen des Gemeinderates untersagt ist. Ich bitte also solche Aeusserungen zu unterlassen, weil ich sonst genötigt wäre, die Galerie räumen zu lassen.

StR. Speiser: Stelle gegenüber dem GR. Haider fest, dass die Pensionsbemessungsgrundlagen zwischen Bund und Gemeinde ziemlich gleich sind, schon deswegen, weil die höheren Anfangsbezüge der Gemeindeangestellten eine günstigere Berechnung ermöglichen. Die neunzigprozentige Pension der Eisenbahner steht die grosse Masse der Bundesangestellten gegenüber mit 78 Prozent Pensionsgrundlage. Die Gemeindeangestellten sind also wahrlich gut daran. Wenn GR. Lehninger bemängelt, dass den Strassenbahnern noch immer fünfzehn Prozent auf die Friedensverhältnisse fehlen, so ist das richtig, aber diese fünfzehn Prozent fehlen auch den übrigen Gemeindebediensteten und der gesamten Bevölkerung von Wien und Oesterreich und diese fünfzehn Prozent sind es, die wir durch die Vorkriegs- und Kriegswirtschaft der Christlichsozialen eingebüsst haben. (Beifall bei der Mehrheit). Die Strassenbahner erzielen durch diese Vorlage grosse Vorteile, ihre durch den Krieg zu grunde gerichtete Pensionskasse, für die infolge der christlichsozialen Wirtschaft keine Fundierung war, ist zu einem guten Institut umgewandelt worden. Man kann der Vorlage in dem Gefühl zustimmen, dass für die gesamte städtische Arbeiterschaft in Wien ein ordentliches Pensionsrecht geschaffen wurde.

Dem Referentenantrag wird bei der Abstimmung zugestimmt, desgleichen wird der Zusatzantrag Weigl angenommen

dass Pensionsparteien, deren vor dem 1. Juli 1926 zuerkannte Ruhe- und Versorgungsbezüge durch die Neuregelung der Satzungen der Pensionskasse eine Minderung erfahren, mit dem Tage der Wirksamkeit der neuen Satzungen eine Zulage im Höchstausmass des Unterschiedes zwischen ihren vor dem 1. Juli 1926 bestandenen und mit dem diesem Tage neu bemessenen Bezügen erhalten

Die Anträge Lehninger werden abgelehnt.

GR. Hüss beantragt für die Bestovenzentnarfeier dem Komitee,

das die Verarbeiten macht, 36.000 Schilling zur Verfügung zu stellen jedoch unter der Bedingung, dass der Bund ebenfalls einen gleich hohen Vorschuss leistet. Er bemerkt weiters, dass die Gemeinde für die Zentnarfeier schon 4000 Schilling gewidmet hat, so dass der ganze Betrag 40.000 Schilling ausmachen wird.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) begrüsst den Antrag, stellt aber an den Referenten die Frage, was die Theater- und Musikwoche, die im Jahre 1924 abgehalten wurde, der Gemeinde gekostet hat. Diese Theaterwoche war eine Augenauswischerei. (Zustimmung bei der Minorität) und wir wünschen, dass uns so bald als möglich eine Abrechnung vorgelegt wird.

Sodann wird der Antrag angenommen.

GR. Kopriva ersucht um die Genehmigung, 24 schmalspurige Holz-eisenbahntransportwagen die Eigentum der Gemeinde Wien sind, der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen zu verkaufen. Der Gemeinderat erteilt dem Verkauf seine Genehmigung.

GR. Schütz beantragt die Aufhebung der Bestimmungen von Parkschutzgebieten für den Bau der Druckregleranlage im VII. Bezirk in der Allee des inneren Lerchenfeldergürtels.

GR. Kunschak stellt fest, dass das Häuschen schon seit acht Wochen fertig ist, dass es auf dem ungeschicktesten Platz steht und dass es überhaupt nicht angehe, dass sich der Gemeinderat acht Wochen nach Fertigstellung erst mit der Genehmigung des Baues beschäftigen kann.

Bgm. Seitz klärt den Redner dahin auf, dass es sich um drei Häuschen handelt. Ein Häuschen ist bereits fertig und dem Bau dieser Anlage hat der Gemeinderat schon vor Wochen seine Zustimmung gegeben. Die Anlage, die heute verhandelt wird, wird erst gebaut.

Ein Vertreter des Stadtbaumeisters erklärte sodann den Bau der Druckregleranlage, worauf der Antrag angenommen wird.

Nach einem Referat des GR. Rausnitz wird für den Einbau von Putzgruben in der Wagenhalle des Bahnhofes Speising ein Sachkredit von 320.000 Schilling bewilligt.

Hierauf gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR. Zimmerl hinsichtlich der Wag zur Verhandlung.

GR. Zimmerl begründet kurz die Dringlichkeit, die zuerkannt wird, worauf Redner über die Sache selbst spricht. Er verweist darauf dass seinerzeit eine Anzahl von Beamten ihre Lebensstellungen aufgegeben haben, weil ihnen zugesichert worden sei, bei der WAG würden sie auch nach der Fertigstellung der beiden Werke bleiben können, weil sie noch grössere Ziele im Auge habe. Diese und andere Beamte wurden nun plötzlich einfach nach dem Kollektivvertrag abgefertigt, sie erhielten vier Monatsgehälter in einer Zeit, wo es den Tüchtigsten schwer möglich ist, eine entsprechende Stellung zu finden. Diesen Beamten gegenüber wurde also ein Versprechen des geschäftsführenden Präsidenten nicht eingehalten. Wir haben uns die Auflösung der WAG ganz anders vorgestellt, schon deswegen, weil es hiess, man werde sie als eine Art Studienbüro weiterführen. Statt dessen sind die Beamten fast wie Verbrecher hinausgeworfen worden, der Präsident demissioniert ohne dass die Mitglieder des Verwaltungsrates davon wissen, dass sind Erscheinungen, die einer Aufklärung dringend bedürfen und nur das ist der Zweck unseres Antrages.

GR. Professor Fränkel erklärt dem Vorredner sehr dankbar zu sein, dass er ihm Gelegenheit gebe, den umherschwirrenden Gerüchten die Spitze abzubreaken. Der Abbau der Beamten erfolgte staffelweise nach einem längst bestehenden Plan allerdings hatte die WAG noch bestimmte Aufgaben im Auge, aber die Situation hat sich später geändert, nicht nur bei der WAG sondern auch bei der NEWAG, bei der ich meine Stelle als Vizepräsident gleichfalls niedergelegt habe. Fünf aus dem Staatsdienst übernommene Beamte sind besonders berücksichtigt worden. Jene Beamte, die nicht der Stadt früher angehörten, wurden in jene Büros gegeben, die sich weiters mit den Wasserkraftangelegenheiten beschäftigen sollen. Was nun die angebliche heftige Auseinandersetzung zwischen mir und Kollegen Breitner anbelangt, so kann ich nur mitteilen, dass ich einige Monate sehr krank war, dass mich StR. Breitner in meiner Wohnung besuchte und dass wir bei dieser Gelegenheit über die künftige Kraftversorgung von Wien auseinandersetzten. Es wäre wohl das schönste Ende der WAG, wenn man über dieses wichtige Problem hier verhandeln würde. Wir haben in der grössten Not des Volkes aus eigenen Mitteln Wasserkraft zur Ausnützung ausgebaut, wir brachten es zuwege, dass einige Bundesländer in eine elektrische Einheit geschweisst werden. Mit Stadtrat Breitner bin ich persönlich sehr gut, aber über die verschiedenen sachlichen Probleme haben wir verschiedene Ansichten. Das ist aber nicht der Grund, weswegen ich fortgehe. Ich habe die Bauten zu Ende geführt und nun kehre ich zu meinem Beruf zurück, an dem ich sehr hänge. Das ist alles. In Wien sucht man aus jeder Sache eine Affäre zu machen. Hier ist aber wirklich keine sogenannte Affäre. Mein Fortgehen erfolgt nur aus den angegebenen Gründen, weil nichts mehr zu lösen ist. Wenn wieder an mich der Ruf ergeht, werde ich mich gerne in den Dienst der Stadt Wien stellen. (Lebhafter Beifall).

Bgm. Seitz: Wenn Sie, Herr Professor, einmal mit einem Stadtrat in Streit geraten sollten, werden sie uns das mitteilen müssen.

GR. Zimmerl: Ich möchte sehen, was für Geschrei entstehen würde, wenn ein Christlichsozialer unter solchen Umständen, ein Amt niederlegt.

BGm. Seitz: Als ich den Dringlichkeitsantrag erhielt, was ich sehr überrascht und fragte Professor Fränkel, ob er mir ein grosses Geheimnis vorenthalten habe.

GR. Zimmerl (chr. soz.): Haben Sie denn von der Demission Fränkels nichts gewusst?

Bgm. Seitz: Darum handelt es sich doch nicht, sondern um einen konstruierten Gegensatz zwischen Fränkel und Breitner. Herr Professor Fränkel geht reich bedankt, nicht mit materiellem Gut, sondern mit schönen Worten von einer Sache weg, für die er sich Jahre hindurch aufgeopfert hat.

GR. Zimmerl erklärt, dass er seinen Antrag zurück ziehe.

Bürgermeister Seitz schliesst die Sitzung um 9 Uhr 40 Minuten abends.